

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
Lassen die empfangene Kolonelle
oder deren Raum 16 Wg.
Für auswärtige Besteller 20 Wg.
Reklamen 60 Wg.

Bezugspreis
monatlich 80 Wg., mit Bringer-
lohn 85 Wg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Wg.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 135.

Donnerstag, den 14. November 1918.

26. Jahrgang

Zwischen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen.

Waffenstillstands- und Friedensfragen.
Die deutsche Regierung hat bekanntlich in einer No. 6 Wilson feierlich darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die Alliierten auf strikte Durchführung der Waffenstillstands-Bedingungen bezüglich der Blockade und der Abgabe von Transportmitteln bestehen, über Deutschland unbedingt eine verzweifelte Lage kommen würde. Daraufhin sind die Bedingungen einer Runderung unterzogen worden. Viel wurde von den harten Bedingungen nicht geändert, immerhin können wir der Zukunft leben, daß die Lebensmittelversorgung für Deutschland eine Erleichterung erfahren wird. Gemildert wurde auch die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, die nur 10 Kilometer breit sein wird, daß ferner (binnen 30 Tagen) nur 5000 statt 10 000 Lastkraftwagen abzuliefern sind, bei den Lokomotiven und Eisenbahnwagen bleibt die früher genannte Zahl bestehen. Abgeändert wurde die Gefangenensfrage dahin, daß die Heimführung der in der Schweiz und in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen wie bisher fortgesetzt werden soll. Die Rückführung aller übrigen gefangenen Deutschen soll erst durch den Vorfriedensvertrag geregelt werden. Begrüßt wird man die Erleichterung der Hungerblockade; so viel menschliches Empfinden scheint nachträglich doch noch bei den Alliierten erwacht zu sein, daß sie nicht Tausende dem Hunger und der Preisgebehen. Wir stehen hier sicher vor der ernstesten Sorge unserer nächsten Zukunft, wie die Aufrufe und Hilferufe der sozialdemokratischen Regierung erkennen lassen.
Eine Verschärfung erfährt die Abgabe von Unterseebooten. Bislang wurden 100 Unterseeboote gefordert, jetzt sollen aber alle ausgeliefert werden. Wenn man — nebenbei bemerkt — in der Schweiz meint, ein früherer Rücktritt des Kaisers würde die Bedingungen ermäßigt haben, wie kommt es denn, daß sie nachträglich noch teilweise verschärft wurden?
Die Waffenstillstandsbedingungen sind in ihrer Gesamtheit dem deutschen Volke noch immer nicht bekannt gegeben. Einzelne Artikel sind bekannt, aber in solcher Kürze, dazu ohne Erläuterung, daß man nicht der Lage ist, sich die Tragweite dieser und jener Bestimmungen ein klares Bild machen zu können. Das deutsche Volk aber es sicherlich begrüßen, wenn hier in Kürze vol. Klarheit geschaffen würde.

Frankreich will den Hunger mildern.

Genf, 13. Nov. Wie verlautet, soll der französische Ministerpräsident Clemenceau, zu einer Abordnung von Kriegskorrespondenten, die ihn zur Abschließung des Waffenstillstandes beglückwünschten, gesagt haben, daß die deutschen Unterhändler mit besonderem Nachdruck auf einer Runderung der Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Blockade bestanden haben. In dieser Richtung sei die Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns verzweifelt, wenn es nicht möglich sei, die drohende Hungersnot zu bekämpfen. Clemenceau fügte hinzu, daß Frankreich alles tun werde, was in seinen Kräften stehe, um die Verschaffung von Nahrungsmitteln zu erleichtern. In der Hauptsache handele es sich um die Bereitstellung von Transportmitteln. Da Deutschland verpflichtet sei, die Lokomotiven und Eisenbahnwagen zurückzugeben, die es während des Krieges genommen habe, so komme Frankreich in die Lage, soweit es seine eigenen Bedürfnisse gestatten, sich für die Versorgung Deutschlands zu interessieren. Clemenceau schloß mit den Worten: Wir werden dem deutschen und dem österreichischen Volke so schnell wie möglich zu Hilfe kommen; denn wir führen keinen Krieg gegen die Menschheit, sondern für die Menschheit.

Nach Wilson will die Hungersnot nicht.

Präsident Wilson hat im Kongreß eine Rede gehalten, über die das bolfsche Telegraphen-Bureau auszusagen folgende drastischen Bericht gibt:

Washington, 13. Nov. Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte:

Das Ziel des Krieges ist erreicht, der bewaffnete Imperialismus und die Militärlaste Deutschlands, die geheim und aus eigener Macht den Frieden der Welt stören konnten, sind vernichtet. Viel mehr als das ist aber erreicht. Die großen Nationen der Welt haben sich zu einem gemeinsamen Ziele vereinigt, nämlich den Frieden aufzurichten, der die Sehnsucht der Welt nach unteilbarer Gerechtigkeit befriedigen wird, und der

in Ausglichen bestehen soll, die auf viel besserer und dauerhafterer Grundlage aufgebaut sein werden, als den selbstischen und konfliktierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn der siegreichen Regierungen hat sich bereits praktisch gezeigt. Die Vertreter des obersten Kriegsrates in Versailles versicherten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um mit Lebensmitteln und Verpflegung das Elend zu erleichtern. Es sollen weitere Schritte getan werden, um diese Unterstützungsmahregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes der Mittelmächte soll es alsbald möglich gemacht werden, die unterdrückten Völker vor vollständiger Verelendung zu bewahren und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.

Mit welchen Realismen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberstellen, mit welcher Bürgschaft, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn der Frieden geschlossen ist, auf wessen Besprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst wird er beruhen? Sollen wir offen gegen uns selbst, geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgekommen sind, die jetzt endlich in Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrichten, der ihren Plag unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und seitherigen Herren beseitigen und sie in den Stand setzen wird, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Abwehr oder an ihrer Fähigkeit. Einmal glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg zur Selbstverherrlichung und zur friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir die Geduld und die Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

An die Internationale.

Berlin, 13. Nov. Die Sozialdemokraten Benjamen, Cohn, Lautsky, Moltenbaur, Müller und Vannum haben an den Reichstagsabgeordneten Branding in Stockholm einen warmen Appell gerichtet, mit dem Ersuchen, diesen den Genossen in den gegen Deutschland verurteilten Ländern mitzuteilen, damit diese ihre Stimmen mit der deutschen Sozialdemokratie vereinen. Es wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung die Waffenstillstandsbedingungen angenommen habe, damit das Unterliegen nicht um eine Stunde verlängert werde. Es wird auf die harten Bedingungen hingewiesen, die die physische Existenz des besetzten und friedensbereiten deutschen Volkes bedrohen. Die Abgabe der Transportmittel steigerten die Ernährungsschwierigkeiten ins Unerträgliche. Zahllose unglückliche Frauen, Kinder und Kranke würden unmittelbar mit dem Hungertode bedroht. Der Tag der Freiheit und des Friedens dürfe nicht der Tag der Lösung von Millionen werden. Die Verhängung der brüderlich empfindenden Nationen könne nicht zur Wirklichkeit werden, wenn der Einstellung des Kampfes mit den Waffen der Hungertag gegen Wehrlose folle.

Karolhi an Wilson.

Budapest, 13. Nov. Ministerpräsident Karolhi hat an den Präsidenten Wilson einen Appell gerichtet, der als Inhalt hat, daß, nachdem die Ungarn ihr Joch abgeschüttelt hätten, der Präsident nicht gestatten möge, daß neue gewalttätige Unterdrückung und Demütigung der Völker im Gegensatz zu seinen Ideen in Ungarn und allenthalben den Gedanken der Revanche für, damit nicht die friedliche Arbeit der Nation dauernd bedroht werde durch gedemütigte und unterjochte Völker.

(b.) Wien, 13. Nov. Die Tschecho-Slowaken haben die Einberufung von vier Jahrgängen angeordnet, zu denen auch Deutsche gerechnet sind. Was ein solches Eingreifen bedeuten soll, ist nicht ohne weiteres zu erkennen. Die Tschechen treten recht resolut auf und er-

klären dem Abgeordneten von Deutschböhmen, Seeliger, daß sie mit „Rebellen“ nicht verhandeln, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei nur eine Phrase, heute entscheide nur die Gewalt. Was wird Wilson dazu sagen?

Die Bewegung in Holland.

Brüssel, 13. Nov. Die „Nöln. Volksztg.“ berichtet aus Amsterdam: Der Führer der holländischen Sozialdemokraten hat in einer Rotterdamer Rede angekündigt, daß die Revolution in Holland bereits Freitag oder Samstag ausbrechen werde. Das „Amsterdamer Handelsblad“ fordert die Regierung auf, mit Wassengewalt dieser Revolution entgegen zu treten. Wie verlautet, ist es sehr wahrscheinlich dazu zu spät, weil die Regierung zu lange gezögert hat, den Oberbefehlshaber abzusetzen und die ganze Armee zu demokratisieren.

Die niederländische Regierung richtet eine Proklamation an die Bevölkerung, in der sie vor dem Beispiel Russlands warnt. Die Regierung ordnet energische Maßnahmen an.

Die Stimmung in Frankreich.

Brüssel, 13. Nov. Die „Nöln. Jtg.“ meldet aus Bern: Aus Frankreich in der Schweiz eingetroffene Reisende berichten, daß die Stimmung in Paris sowohl wie in der Provinz nervös, verworren und höchst gespannt sei. Die überwältigende Mehrheit des Volkes verlangt stürmisch nach Frieden. Die an Macht schnell zunehmenden Gruppen verfolgen mit großer Spannung die schnelle demokratische Entwicklung in Deutschland, von der sie eine Verwirklichung ihrer Ideale erhoffen. Die Ereignisse überschätzen sich bereit, daß jetzt schon in den nächstenden politischen Kreisen Frankreichs die Friedensfrage zuräckertritt gegen die politische Entwicklung.

Die „Nöln. Volksztg.“ meldet aus Basel: In Paris kam es in verschiedenen Straßen und Boulevards zu Kundgebungen. Man verlangt sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Die Bewegung schwillt überall in Frankreich an. Cadix verlangt die sofortige Freilassung Cailleur und aller verhafteten Arbeiterführer; selbiger wirft Clemenceau vor, er suche den Völkerverbund zu vereiteln. Die Regierung traf Maßnahmen gegen Ausschreitungen der Arbeiter.

Unruhen in der Schweiz.

Basel, 14. Nov. Der Generalkrieg in der Schweiz scheint an Heftigkeit zuzunehmen. Der Bahnverkehr ruht fast völlig, so daß keinerlei Zeitungen hier eingeht. Das Bahnpersonal ist vom Bundesrat unter die Militärgefehe gestellt worden und hat Gefesslungsbefehle zur Aufnahme des Dienstes erhalten. Das Personal ist den Befehlen aber nicht nachgekommen. In Basel hat man durch das Glockenalarm das Stadt-Basel-Regiment und den Landsturm aufgeboden, sowie eine weiße Garde zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildet. Der Bundesrat nahm in einer Sitzung Stellung hierzu und beschloß, Ruhe und Ordnung im Lande mit Wassengewalt aufrechtzuerhalten. Zugleich vertrat der Bundesrat die Meinung, daß möglichst rasch eine Umgestaltung der Behörden in der Weise vorzunehmen sei, daß auch die sozialdemokratische Partei darin eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhalte. Auch will man die Besserstellung der Lage der Arbeiter fördern und will weiteren gerechten Reformen zugänglich sein.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Aufrechterhaltung der Volksernährung.

Br. Berlin, 14. Nov. Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durch unbefugte Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über die Bestände an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln, die der Reichsgetreidestelle, einer anderen Lebensmittellstelle oder einem kommunal-Verband gehören, müssen unbedingt unterbleiben und soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden.

Wir ersuchen dringend, auf die Bevölkerung einzuwirken, daß sie ruhig an ihrem Wohnort bleibt und nicht aus Furcht vor feindlicher Verfolgung flieht. Die Ernährungslage verbietet es, jetzt größere Bevölkerungsverschiebungen vorzunehmen, da die Zuziehenden in anderen kommunalverbänden nicht mitversorgt werden können. Flüchtlinge würden daher dem größten Elend entgegengehen.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Keine Eingriffe in das Verkehrsweisen!

BB. Berlin, 14. Nov. In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Betrieb und die Verwaltung des öffentlichen Verkehrsweises eingegriffen. Es wird dringend gewarnt, solche Eingriffe zu wiederholen. Zur Lösung der schweren Aufgaben, die dem Volke durch die Durchführung der harten Wirtschaftskrisisbedingungen, die Rückbeförderung der Truppen und die Ernährung des Volkes und Heeres auferlegt sind, ist der ungehinderte Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einmischung von außen, auch wenn diese in der besten Absicht geschieht, kann unabsehbare Unheil anrichten. Werden Mißbräuche festgestellt, so wende man sich an den Volksbeauftragten Dittmann, dem die Aufsicht über das Verkehrsweisen übertragen ist, aber man hüte sich, einzelne Bahnbehörden oder gar das Eisenbahnministerium lahm zu legen. Wer das tut, leistet der Sache des Volkes und der Freiheit Verrat.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Das Demobilisationsamt.

BB. Berlin, 14. Nov. Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden wurde eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt), errichtet. Das Demobilisationsamt gibt folgendes bekannt: Alle von den deutschen Kriegsmilitären, Heilversetzenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen erteilten Befehlsnachrichten über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlagnahmen, Höchstpreisverträge etc.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisation zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung, sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich vom Demobilisationsamt, Berlin, Hedemannstraße 10, oder in seinem Auftrage erlassen werden. Die Kriegswirtschaftsbehörden bleiben bestehen. Sie handeln im Auftrage des Demobilisationsamtes. Das Reichsdemobilisationsamt: Roeth.

Verordnungen für Preußen.

Kundgebung.

BB. Berlin, 14. Nov. Die preussische Regierung, unterzeichnet: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hähn, Adolf Hoffmann, erläßt an das preussische Volk eine Kundgebung. In dieser wird gesagt, daß auch Preußen ein freier Staat geworden sei. Das realistische Preußen müßte schnell in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksgemeinschaft verwandelt werden. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird die verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolge auf den Grundlagen des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlrecht. Bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung habe die vorläufige Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten in Staat und Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen jetzt und in Zukunft gestellt sieht, seien nur die folgenden hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten; gründliche

Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen; Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volkshochschule und Schaffung einer Einheitschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung; Trennung von Staat und Kirche; Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften; Beseitigung der Gutsbezirke; völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land; entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper; raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Bergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe; Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus; Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster, sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste schwere Zeit, in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstreben des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt aufs schwerste bedroht. Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zusammen, helfst mit zum Wohl des Ganzen!

Die Verwaltung der Gemeinden.

BB. Berlin, 14. Nov. Die preussische Regierung (gez. Hirsch, Ströbel) hat an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: In einer Reihe von Stadtgemeinden sind die Stadtvorordnetenversammlungen und Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle für die gesamte Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Erlassen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet aufs höchste den ruhigen Fortgang der Volksernährung, die Unterstützung bedürftiger Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge eines einheitlichen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem gestern der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften vorgegeben hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

BB. Berlin, 14. Nov. Die preussische Regierung erläßt folgende Verordnungen betreffend die Beschlagnahme preussischen Kronvermögens: Sämtliche zum preussischen Kronvermögen gehörigen Gegenstände werden mit Beschlagnahme belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronvermögen gehörige, im Sondervermögen des Königs und der künftigen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Kurze Dauer der Befegung?

Genf, 13. Nov. Der „Herald“ meldet aus New York: Lansing erklärte im Senatsauschuß zu den

Waffenstillstandsbedingungen an die Mittelmächte, die Befegung der deutschen Gebiete links des Rheins würde nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Je schneller der Friede zustande komme und je schneller Deutschland den Anschluß an die große Demokratie suche, desto schneller werde auch das linke Rheinufer wieder geräumt werden.

Das Programm der Regierung.

BB. Berlin, 12. Nov. Ein Aufruf der Volksbeauftragten kündigt an: Die Regierung legt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verkündet mit Gesetzeskraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Beschränkungen, sowie der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterkutschbestrebungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitszeit in Kraft treten.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geregelter Volksernährung, Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Angriffe Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem proportionalen System für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die noch nähere Bestimmung erfolgt.

Der Rat der Volksbeauftragten.

BB. Berlin, 13. Nov. Die Verteilung der Arbeitsgebiete im Rat der Volksbeauftragten ist vorläufig die folgende: Ebert Inneres und Militär; Haase Aussen und Kolonien; Scheidemann Finanzen; Dittmann Demobilisation und öffentliche Gesundheitspflege; Landsberg Presse und Nachrichtendienst; Barth Sozialpolitik.

An die Arbeiter- und Soldatenräte!

(d.) Berlin, 13. Nov. In Berlin ist von dem Rat der Volksbeauftragten und dem Arbeiter- und Soldatenrat ein Demobilisationsamt gebildet worden. Die Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland werden ersucht, die Zentralstelle in Berlin zu unterstützen. Den aus dem Felde heimkehrenden Brüdern soll helfend zur Seite gestanden werden. Den aus der Rüstungsindustrie freiverbenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten soll nach anderer Arbeitsgelegenheit so weit möglich geholfen werden. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müßten zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlagnahmen durch die Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst sei eine Verwirrung unvermeidlich und die Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, in Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Durch Kostensparungen soll geholfen werden. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen; die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert. Der tägliche Arbeit aller der Bevölkerung jeder neuen

Das Auge der Nacht.

Eine Erzählung aus Transvaal von J. W. Mifford.
Deutsch von M. Walter.

32 (Nachdruck verboten.)

„Laßt uns das Dokument noch einmal genau durchlesen,“ rief Seshwyn nach einer Pause. „vielleicht ist uns doch etwas entgangen, was uns einen Fingerzeig geben kann.“

Mit unglaublichem Kopfschütteln zog Fanning das Papier hervor. Er kannte den Inhalt ja auswendig, wie sollte er da etwas übersehen haben?

Er faltete das vergilbte Papier auseinander und Seshwyn schaute eifrig hinein. „Da, seht her!“ rief er plötzlich, mit der Hand auf eine Stelle des Berichtes deutend. „Was steht da?“ Wir suchten nach einem Unterschlupf für die Nacht, denn es war fast da oben.“ Wartet Ihr was, Fanning? Da oben! Das heißt also in der Höhe und nicht am Fuße des Berges?“

„Nicht möglich!“ wies Fanning diese Auslegung zurück. „Betrachtet doch den Berg! Es ist ja ganz undenkbar, daß sich auf seinem Gipfel ein Tal befindet. Ich habe ihn von allen Seiten umkreist: er endigt in einer schmalen Spitze, die gar keinen Raum für dergleichen bietet.“

„Ihr könnt Euch aber leicht in der Berechnung seiner Breite geirrt haben oder aber auch, Fanning hat einen falschen Ausdruck gebraucht. Statt eines wirklichen Tales war es nur eine Vertiefung des Bodens, eine Art Schlucht. Ich glaube ganz bestimmt, daß meine Idee die richtige Lösung ist, die Ihr jahrelang vergebens gesucht habt.“

„Ihr seid zu sanguinisch, Seshwyn,“ meinte Fanning, noch immer zweifelnd.

„Es wird sich bald zeigen, ob ich Recht habe,“ beharrte der Andere. „Statt die Zeit unnütz hier unten zu verschwenden, laßt uns lieber versuchen, den Berg zu erklimmen.“

Nach kurzer Ueberlegung willigte Fanning ein.

„Ich fürchte aber,“ bemerkte Seshwyn, die Legende überhaupend, wir müssen die Pferde zurücklassen. Wie sollen wir die über diese unwegsamen Felsenriffe bringen?“

„Man muß sich nie von einem Pferde trennen, wenn es irgend geht,“ erwiderte Fanning. „Ohne dasselbe ist man in unserem Lande wie ein Schiffer, der wohl ein Ruder, aber kein Seil hat. Ueberdies finden wir vielleicht einen besseren Weg für den Abstieg.“

Mit neuem Mut begannen die beiden Abenteurer, ihre Tiere am Jügel führend, den Berg von der westlichen Seite her zu erklimmen. Ein mühsames, gefährliches Unternehmen, das mehrere Stunden in Anspruch nahm, sie schließlich aber dem Ziele bedeutend näher brachte.

Für die unteren Regionen war die Sonne bereits untergegangen, hier oben jedoch wußte sie noch, die Spitze des Berges mit rotglühenden Strahlen vergoldend. Bewundernd standen die beiden Männer vor dem erhabenen Bilde der Natur, das sich ihnen offenbot.

So weit das Auge reichte, sah es nichts als hoch aufsteigende, zerklüftete Felsen und kahle Berggipfel, überfüllt mit mächtigem Steinschutt, das in riesigen Massen umherlag, als habe ein Cyclopengeschlecht es zu wüstem Kampfe benutzt. Alle Vegetation hatte hier aufgehört; nur hier und da drängte sich ein verkümmertes Pflänzchen aus einer Ritze hervor, in der Sonnenhitze rasch vertrocknend. Und über dem ungeheuren Steinmeer lagerte die Stille des Todes, ein unnatürliches Schweigen, herabstemmend und doch eine ehrfurchtsvolle Ahnung des Ewigen erweckend.

Nach kurzer Rast setzten die Wanderer ihren Weg fort. Mühsam blühte sich Fanning, einen runden, weißen Gegenstand, der von weitem wie ein Straußenei ausah und zwischen einer Felsfalte eingeklemmt war, aufhebend. Es war der Schädel eines Menschen.

„Was habt Ihr da?“ rief Seshwyn, näher tretend und mit Erstaunen bemerkend, daß die Hand seines Gefährten zitterte. „Ein Schädel?“ Na, bringt Euch das so aus der Fassung? Ihr seid in erbentlich bläb geworden. Es ist freilich ein seltsamer Fund in dieser Wildnis, doch an dergleichen Dinge seid Ihr ja gewöhnt. Das ist für Euch doch nichts weiter.“

„So, meint Ihr?“ rief Fanning in einer Erregtheit, die Seshwyn unerklärlich war und ihn einen Moment befürchten ließ, sein Genosse habe den Verstand verloren. „Da schaut Euch mal ordentlich an!“

Seshwyn warf einen flüchtigen Blick auf den grauen Gegenstand. „Ich sehe nichts Besonderes,“ sagte er achselzuckend.

„Nun, so will ich's Euch erklären. Es ist der Schädel eines Weibes.“

„Woran seht Ihr das?“ fragte Seshwyn, aufmerksam werdend.

„An der Form. Doch begreift Ihr noch immer nicht, was dieser Fund bedeutet, Seshwyn?“

„Daß ein anderer vor uns den Versuch gemacht und ihn mit dem Leben bezahlt hat. Doch halt, da! Ist mir ein, Fanning's Gefährte — wie hieß er wieder? — ja richtig, der wurde von den Aufständischen getötet. Ah, jetzt beareife ich es. Der Fund sagt uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Meine Vermutung hat uns also nicht getrogen. Hurra, Fanning! Der Berg wird unser sein!“

„Ja, ja,“ murmelte Fanning nachdenklich, ohne auf die letzten Worte des andern zu achten. „Da sich nichts weiter als der Schädel hier vorfindet, so muß der arme Teufel seinen Tod oben auf dem Berg gefunden haben und dies Ding ist später heruntergerollt oder von den Geiern hierher geschleppt worden. Auf jeden Fall haben wir jetzt den langersehnten Ort gefunden, und das ist die Hauptsache!“

Es galt nun, noch eine Strecke höher zu klettern, und obgleich die Dunkelheit eingebrochen war, ließen sich die beiden dadurch nicht abhalten: sie wollten so rasch als möglich die Spitze des Berges erreichen.

Nach dem ersten Aufstoß, dem Ziele nahe gekommen zu sein, stellte sich bei Seshwyn plötzlich eine seltsame Bedrückung ein. Wie, wenn auch ihn ein ähnliches Geschick ereilen sollte wie diesen Mann? Wenn er den tödlichen Gefährten der wilden Aufständischen zum Opfer fallen würde? Schon glaubte er ihr dämonisches Geseul, das Schwestern ihrer verstorbenen Weibchen zu hören, und das machte ihn so nervös, daß er bei dem seltsamen Geräusch zusammenerschrock. Mit unheimlicher Lebendigkeit fiel ihm der Traum ein, den er in jener Gewitternacht gehabt: da hatte er das leuchtende „Auge der Nacht“ gesehen, aber auch tausend Pfeile, die ihn bedrohten. War das eine Vorbedeutung gewesen? Ein böses Omen?

(Fortsetzung folgt.)

politischen und sozialen Organisationen des Volkes. Zum Schluß heißt es: Wer die ordentliche Beschaffung von Arbeit sucht, wer die ruhige Demobilisation hindert und wer die Arbeitsvermittlung zwischen der Front und der Heimat untergräbt, versündigt sich deshalb auf das schwerste am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisationsvorschriften. Mit der Leitung des Demobilisationsamtes wurde mit Zustimmung des Herrn Kriegsministers der bisherige Oberleutnant Roeth, Leiter der Kriegsstoffabteilung, beauftragt. Alle Zivil- und Militärbehörden werden aufgefordert, den Weisungen des Herrn Roeth in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Demobilisierung unweigerlich und mit größter Beschleunigung Folge zu leisten und ihm zur Durchführung seiner für die Wohlfahrt unseres Volkes äußerst wichtigen Aufgabe nach jeder Richtung behilflich zu sein.

Ebert, Haase Roeth.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 14. November 1918.

Die Bewegung in Schierstein. Die am Dienstag nachmittag vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufene Versammlung wies eine ungeheure Beteiligung auf. Nicht nur die geschlossene Arbeiterschaft, sondern Vertreter aller Stände waren erschienen. Der Saal war dicht besetzt und manche konnten sogar wegen Uebersättigung keinen Einlaß mehr finden. Die Versammlung konnte erst lange nach der festgesetzten Stunde eröffnet werden, da der aus Wiesbaden erwartete Referent umständehalber nicht rechtzeitig hatte eintreffen können. Herr Georg Schäfer benutzte diese Zeit, um an die Versammlung eine Ansprache zu halten, in der er den Zweck der heutigen Zusammenkunft darlegte und über die Vorgänge der Bewegung in Frankfurt berichtete. Herr Geschäftsführer Güner warf dann in längeren Ausführungen einen Rückblick über die Politik der früheren Regierung, die zu der heutigen gewaltigen Bewegung im Volke geführt habe und verbreitete sich eingehend über die Aussichten einer besseren Zukunft. Auch die Verhältnisse in unserer Gemeinde selbst unterzog er nochmals einer scharfen Kritik. Unterdessen war der Redner, ein Mitglied des Arbeiterrats von Wiesbaden, Herr Piefer, erschienen, der sofort das Wort ergriff. Er ging in seinen Ausführungen vom Jahre 1914 aus und erinnerte an die große Begeisterung, mit der das deutsche Volk in den Verteidigungskrieg hinausging. Und jetzt diese Bewegung! Woher kommt sie? Sie mußte doch einen Grund haben. Sie kommt daher, daß Deutschland von einer kleinen Zahl von Verbrechern regiert worden sei, die Millionen von Menschen um der wahnsinnigen Machtgelüste einer kleinen Clique willen in Tod und Elend getrieben habe. Zuletzt habe die Marinebehörde noch im letzten Augenblick einen Pulschverzug gemacht, indem sie einen Angriff auf die englische Flotte ins Werk bringen und das Leben laufender braver Seeleute aufs Spiel setzen wollte. Aber die Matrosen seien vernünftiger gewesen und hätten plötzlich „gestoppt“, die Offiziere überwältigt und zur Aufgabe des Planes gezwungen. Von da aus sei die Bewegung mit Blitzesschnelle aufs Land übertragen worden, deren Verlauf ja bekannt ist. Er forderte dann die Anwesenden auf, durch Ruhe und Besonnenheit zu einer weiteren friedlichen Entwicklung der Umwälzung beizutragen. Jeder Angriff auf Leben und Eigentum würde mit den strengsten Strafen geahndet. Eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lebensmittel würde gewährleistet. Er endete mit einem Hoch auf die sozialistische Republik. Zum Schluß schritt man zur Bildung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates, deren Wahl auf folgende Herren fiel: Wilhelm Bühl, Otto Ebert, Richard Güner, Fritz Heinz, Jakob Moser, Johann Moser, Fritz Moser, Friedrich Koffel, Wilhelm Sallier, Georg Schäfer, Karl Schwedig, Wilhelm Weisheit.

Geländet. Frau Julchen Schäfer, die vor etwa drei Wochen, infolge eines Anfalles von Schwermut den Tod im Rhein gesucht und gefunden hat, ist vorgestern in Etzille geländet worden.

Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung betr. Einschränkung des Personenverkehrs

Die Wettermacher prophezeien einen langen und strengen Winter. Viele Eichen und Bucheckern lassen nach einer alten Bauernregel strengen Winter erwarten. Fällt das Laub zeitig von den Bäumen, so ist ein schöner Herbst und ein glunder Winter zu erwarten; bleibt es aber bis in den November hinein liegen, wie in diesem Jahre, so steht ein langer Winter bevor. Wenn Rüch und Paddis (ein der Kapsjaat sehr ähnliches Unkraut) häufig in der Getreidekoppel blüht, so pflegt das einen strengen Winter anzudeuten. Man will auch die Beobachtung gemacht haben, daß nach reicher Pflanzenernte jedesmal ein strenger Winter und ein reiches Kornjahr gekommen ist. Wenn Birken und Weiden ihr Laub oben im Wipfel lange grün behalten, während sie es zuunterst früh fallen lassen, so soll das auf zeitigen Winter und gutes Frühjahr deuten. Ein harter Winter steht bevor, wenn die Ameisen ihre Anstellungen mit besonders starken Schutzdecken versehen und die Vienen alle Jungen und Rigen ihrer Wohnungen mit Harz gut verkleben.

Eichen und Kastanien sind sehr wertvoll für die Volks- und Heeresversorgung, ihre reifliche Einbringung ist daher von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Es liegen noch große Mengen in den Wäldern, deren Sammlung und Abfuhrung nicht dringend genug empfohlen werden kann. Als Ankäufer für den Kreis ist die Firma L. Marks in Wiesbaden, Wörtrstraße 5, bestellt. Sie zahlt für 100 kg Eichen 13 Mk., für 100 kg Kastanien 10 Mk. frei Lagerstelle oder Bahnstation. Diese Früchte sind beschlagnahm, jeder anderweitige Handel damit ist verboten.

Durch die Ausgabe von Notgeld seitens der Stadt Wiesbaden und Frankfurt a. M. und einzelner Kreise ist die Geldzeichennot, namentlich auch in den ländlichen Bezirken, noch immer nicht behoben. Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat daher die ministerielle Genehmigung zur Ausgabe von Mk. 40 Millionen Notgeld erwirkt, das durch die Nassauische Landesbank in Stücken von 5, 10, 20 und 50 Mk. in Teilbeträgen demnächst in Verkehr gebracht wird. Nähere Angaben über die Geldzeichen und die spätere Einlösung werden in Kürze erfolgen.

Eingefandt.

(Für alle unter dieser Rubrik erscheinenden Mitteilungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Den Herren welche über mich am Dienstag abend am Biertisch kritisierten, möchte ich Ihnen nur zu Wissen tun, daß ja in der Versammlung der beste Platz und die beste Zeit war zu einer Gegendarstellung und nicht am Biertisch. Was über mich gesprochen wurde läßt mich sehr kalt. Aber nur das empört mich, daß sich nicht ein einziger Schiersteiner zu Wort meldete. Was ich ausführte geschah nur im Gerechtigkeitsfönn, und nicht nur für mich und meine Familie, sondern für alle in Schierstein. Die Verhältnisse wie sie in Schierstein während der traurigen, schrecklichen Zeit gewesen sind wüßten und werden auch sicher abgeschafft werden, ganz besonders in der Verteilung der Lebensmittel. Was nun den Herren, mein Stand zu meiner Religion in Ihren Äußerungen anbelangt, so erwiedere ich Ihnen, daß hier Religion Privatsache ist und nicht diese Versammlung in welcher ich mir aus Gerechtigkeitsgründen eine Erklärung machte, damit zu verbinden. Es steht jedem frei mag er eine Gesinnung haben wie er will so kann jeder seinem Glauben Recht und Treue wahren. Wie würde es in den Familien aussehen wenn ein Familienvater als Erzieher seiner Kinder die Religion über Bord werfen sollte, und ganz besonders bei unserer heranwachsenden Jugend, für die ich voll und ganz mein Können mit aller Kraft daran setze. Würde hier in Schierstein mehr für die Jugend getan, so wäre schon mancher Jüngling vor vielem bewahrt geblieben, denken wir nur einmal zurück an Taten, welche im Anfange des Jahres von einigen hiesigen Jungen verübt wurden. Würden sich mehr ältere Männer an der Jugendpflege beteiligen und erwachsene Jugend um sich scharen und zwar Sonntags, so könnte manches verhütet werden.

Joseph Eberhard.

Handwerkskammer Wiesbaden.

An das metallverarbeitende Handwerk.

Die Metall-Freigabestelle hat in Vorbereitung der Metallbewirtschaftung während der Uebergangswirtschaft eine Neueinteilung der Metallverarbeitungs- und Verteilungsfstellen vorgenommen, um möglichst alle beteiligten Betriebe einer für sie zuständigen Stelle anzugliedern und damit die Einteilung der einzelnen Verbrauchergruppen bei der Uebergangswirtschaft vorzubereiten. Für das Handwerk ist diese Stelle bei dem deutschen Handwerks- und Gewerbeamttag zu Hannover gebildet worden.

Die Metall-Freigabestelle fordert daher alle Handwerksbetriebe, welche unedle Metalle (Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel) verarbeiten, auf, ihre Betriebe bei der für sie zuständigen Handwerkskammer anzumelden. Demgemäß richten wir an alle diese Betriebe innerhalb unseres Kammerbezirks hierdurch das dringende Ersuchen, diese Anmeldung alsbald und spätestens bis zum 20. ds. Mts. bei uns zu tätigen. Nach diesem Tage werden wir unserer Zentralstelle (Kammerlag Hannover) die Anmeldungen einsenden. Im eigenen Interesse der Betriebe ist eine reifliche Anmeldung unbedingt erforderlich.

Wiesbaden, den 5. November 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carlsens. Schroeder.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Steuerhebung.

Die Erhebung der 3. Rate Staats- und Gemeindesteuer, sowie der 2. Rate Hundesteuer findet in der Zeit vom 1. bis 15. November statt. Nach dieser Frist wird das Betreibungsverfahren eingeleitet. Die Beträge sind abgezahlt bereit zu halten, da wegen Mangel an Kleingeld nicht gewechselt werden kann.

Betr. Verkauf von Fleisch u. Wurstwaren.

Der Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren erfolgt am Samstag Vormittag in der Zeit von 8—1 Uhr in der nachstehenden Einteilung:

8—9 Uhr für die Fleischarten Nr. 201—300 einschl.	601—700 "
" " " " " " " " " " " "	1000—1100 "
9—10 Uhr für die Fleischarten Nr. 300—411 einschl.	701—813 "
" " " " " " " " " " " "	1101—1183 "
10—11 Uhr für die Fleischarten Nr. 1—100 einschl.	412—500 "
" " " " " " " " " " " "	814—900 "
11—12 Uhr für die Fleischarten Nr. 101—200 einschl.	501—600 "
" " " " " " " " " " " "	901—1000 "
12—1 Uhr für diejenigen Einwohner, welche verhindert waren die festgesetzten Verkaufszeiten einzuhalten.	

Die Fleischausgabe findet in den Regierungen **Loewenthal, Niedree und Israel** statt.

Betr. Auszahlung der Kriegsunterstützung

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung findet am 15. November 1918, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr bei der Gemeindefasse statt und zwar für die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben

A.—D. von 8—9 Uhr vormittags	
E.—G. " 9—10 " "	
H. und I. " 10—11 " "	
K. und L. " 11—12 " "	
M.—Q. " 2—3 " nachmittags	
R. S. St. " 3—4 " "	
Sch. " 4—5 " "	
T.—Z. " 5—6 " "	

Um eine glatte Abwicklung des Zahlungsgeschäftes zu ermöglichen, wird ersucht, die festgesetzten Zeiten genau einzuhalten. Außerhalb dieser Zeiten werden Zahlungen nicht geleistet.

An dem vorbezeichneten Tage bleibt die Gemeindefasse für alle übrigen Geschäfte geschlossen.

Schierstein, den 14. November 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.

Betr. die Bewirtschaftung der Kohlräben.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918) wird für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Kohlräben (Stechrüben, Wurken, Bodenkohlrabi, Unterkohlraben) ausgedehnt.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. September 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende:
von Tilly.

Wie bei der Runkelrübe, ist auch für den Absatz der Kohlräbe die Genehmigung der Bezirksstelle für Gemüse und Obst, Frankfurt a. M., Gallusanlage 2, nötig. Der Beförderungsschein wird in der gleichen Weise gehandhabt wie bei Herbstobst, Herbstgemüse und Runkelrübe. Die Bahnstationen dürfen also keinen Wagen ohne die amtlichen Ausweise abrollen lassen. Die Frachtbriele müssen vom Kommunalverbande abgestempelt sein. Die Herren Bürgermeister haben einen angemessenen Vorrat dieser Frachtbriele sogleich hier anzufordern.

Alle über den Eigenbedarf der Erzeuger hinaus verfügbaren Mengen sind für den Kommunalverband oder dessen Aufkäufer bereit zu halten, sofern nicht die Bezirksstelle für Gemüse und Obst in Frankfurt a. M. anderweit darüber verfügt hat. Aufkäufer der Kohlräbe sind die Aufkäufer für die Runkelrübe und für Gemüse und Obst. Ihre Namen sind in den Nummern 77 und 96 des Kreisblattes veröffentlicht worden.

Der Höchstpreis für die gelbe Kohlräbe beträgt 2,25 Mark, für die weiße 1,75 Mark. Für die gelbe Kohlräbe wird eine Anfuhrprämie von 75 Pfg. gezahlt. Für den Monat November 1918 kommt ein Aufbewahrungszuschlag von 30 Pfg. je Zentner in Anrechnung. Die Aufbewahrungszuschläge für spätere Monate ändern sich.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe in Kraft.

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses
von Heimbürg.]

Bekanntmachung.

Betrifft: Die Höchstpreise der gelben Kohlräbe.

Im Anschluß an unser Rundschreiben Nr. 176 über die Bewirtschaftung von Kohlräben teilen wir mit, daß den Anbauern für sämtliche Futter- und Wasserräben, sowie für Kohlräben eine Vergütung für Aufwendung von Arbeit oder an Kosten für die Aufbewahrung gewährt werden darf.

Diese beträgt:

bis zum 30. November 1918 30 Pfg. je Zentner, später bis zum 31. März 1919

für jeden ½ Monat mehr 15 Pfg. je Zentner.

Unter Berücksichtigung der Anfuhrprämie, die laut Rundschreiben Nr. 177 nur für gelbe Kohlräben gezahlt werden darf, beträgt demnach der Preis, der für diese gelben Kohlräben im November den Erzeugern zu zahlen ist:

Grundpreis	M. 2,25 je Zentner
Anfuhrprämie	M. —,75 je Zentner
Aufbewahrungszuschlag	M. —,30 je Zentner

zusammen Mk. 3,30 je Zentner

Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Wiesbaden.
(Geschäftsabteilung.)

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe, herzensgute Frau, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegertochter

Frau **Julchen Schäfer**

geb. Schröder

im Alter von 43 Jahren plötzlich und unerwartet aus dem Leben gerissen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Carl Schäfer

nebst Kinder und allen Angehörigen.

Schierstein, den 14. November 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Danksagung

Für die vielen Beweise ehrenden Gedenkens und liebevoller Teilnahme während der Krankheit, beim Tode und beim Begräbnis unseres lieben Gatten und Vaters

Lehrer **Peter Manns**

sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sprechen wir hierdurch unseren tiefgefühlten Dank aus.

Insbesondere danken wir dem hochw. Herrn Pfarrer, dem Schulkollegium, sowie den Herren Vorsitzenden und Mitgliedern des Hauptvereins und des Zweigvereins des kathol. Lehrervereins sowie den Vereinen und Korporationen für die ehrenden Nachrufe und Teilnahme am Begräbnis.

Schierstein, den 14. November 1918.

Frau Gertrude Manns, geb. Kreyes
und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, Bruders, Onkels und Schwagers

Philipp Zorn

besonders für die vielen Kranzspenden und Herrn Pfarrer Schreiber für die trostreiche Grabrede sowie allen denen, die dem teuren Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.

Schierstein, den 14. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Josephine Zorn.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unserer lieben Mutter, sowie für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Insbesondere Herrn Pfarrverweser Schreiber für die trostreichen Worte am Grabe.

Schierstein, den 14. November 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Heinrich Hankammer
und Kinder.

Sofort zu verkaufen.

Massives eia. Schlafzimmer, m. 2 färlg. großem Spiegelschrank, Waschkomode mit Kacheln, Spiegelauflage u. Marmor, Nachtsch. 2 Stühle, seid. Sopha, fast neue 3 teil. Matratzen 1650 M. Kompl. Schlafz. 1050 M. Fremdezimmer, bestehend aus eleg. Bett m. Matratze, Spiegelschrank, Wschlisch m. Spiegel u. Marmor Nachtsch. 2 Stühle, 2 Stühle, Blüschvorläge und Blüschdekorationen 1050 M. Sauberes Magdzimmer gutes Bett, Schrank, Stuhl u. Wschlisch 380 M. Kompl. Küche 250 M.

Frau E. Negler,
Fahrr. 22 part.,
Wiesbaden.

Anzusehen v. 10 bis 6 Uhr.

Eine
Manjardentwohnung
2 Zimmer und Küche
mit Zubehör sofort oder 1. Dezbr. zu vermieten
Lehrstr. 16.

Arbeiter und Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung.

Sekthellerei Söhnlein

Eine Anzahl

Frauen

für leichte Handarbeit für dauernd gesucht.

Sekthellerei Söhnlein

Verloren,

auf dem Wege nach Viebrich

Brofche

(Frauentopf)

in Gold gefast. Da neuer Andenten, hohe Belohnung.

Viebrich a. Rh.
Rathausstr. 65 p.

An die Bevölkerung Schiersteins. Bekanntmachung.

Die am 12. d. Mts. stattgefundene Volksversammlung hat, der politischen Umwälzung Rechnung tragend, einen **Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat** gewählt, in dessen Hände nunmehr die öffentliche Gewalt innerhalb der Gemeinde Schierstein übergegangen ist.

Die Ortsbehörden, einschl. Polizei, unterstehen der Kontrolle des Rates und haben sich dessen Anordnungen zu fügen.

Als ausübendes Organ wurde in der konstituierenden Sitzung des A., S. und B.-R. unterzeichneter Aktionsausschuß ernannt, der die notwendigen Maßnahmen durchzuführen hat.

Dieser wird alle im Interesse des Volkswohles und des Gemeinwesens liegenden Schritte unternehmen, um eine gerechte Verteilung der Lebensmittel und der Versorgung der Bürgerschaft mit Kohlen und sonstiger Gebrauchs- und Bedarfsartikel, soweit dies in dessen Machtbereich liegt, zu gewährleisten.

Unbedingte Voraussetzung hierfür ist aber, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden, andernfalls unliebsame Folgen unausbleiblich sind.

Als Sicherheitsorgane gelten weiter die örtlichen Polizeipersonen und die mit rotem Abzeichen versehenen, vom Garnisonkommando Wiesbaden zur Verfügung gestellten Militärpersonen.

Zur Durchsuchung nach Lebensmitteln und Beschlagnahme solcher sind nur Personen (einschließlich der oben genannten Sicherheitsorgane) befugt, die mit einer vom Unterzeichneten beglaubigten Legitimation versehen sind.

Berechtigte und begründete Beschwerden und Wünsche sind bei dem Vorsitzenden oder den einzelnen Mitgliedern des Aktionsausschusses anzubringen und wird diesen — soweit es in der Macht des A., S. und B.-R. liegt, nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat Schierstein:

Wilhelm Brühl, Otto Ebert, Richard Götter, Fritz Heinz, Jakob Moser, Johann Moser, Fritz Moser, Friedrich Roffel, Wilhelm Sattler, Georg Schäfer, Karl Schwebig, Wilhelm Wettstein.

Der Aktionsausschuß:

Georg Schäfer, Wilhelm Sattler, Wilhelm Wettstein.

J. A. Richard Götter, Vorsitzender, Wörthstraße 2.

Schierstein, den 14. November 1918.

Junges

Mädchen

tagsüber in kleinem Haushalt sofort gesucht.

Viebricherstr. 11 part.

Wein-Etiketts

in feinsten Ausführung nach vorliegendem Musterbuch liefert

Druckerei W. Brobst

Einschränkung des Personenverkehrs.

Die zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen erforderlichen Massentransporte zwingen uns namentlich im Nahverkehr, die Personenzüge vom 13. November ab stark einzuschränken. Züge, die dem Arbeiter- und sonstigen Berufsverkehr dienen, werden möglichst beibehalten werden. Die neuen Fahrpläne werden umgehend auf den Bahnhöfen zum Ausbhang kommen. Bis dahin wird mündliche Auskunft erteilt.

Mainz, den 12. November 1918.

Rgl. Preuß. u. Großh. Hess. Eisenbahndirektion.